

Beschlussempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Brähmig, Bernward Müller (Gera), Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Annette Faße, Renate Gradistanac, Bettina Hagedorn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**
– Drucksache 16/8777 –

Chancen des demographischen Wandels im Tourismus nutzen

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Bettina Herlitzius, Britta Haßelmann, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 16/9315 –

Barrierefreiheit und demografischer Wandel – Auf die Herausforderungen für den Tourismus reagieren

A. Problem

Zu Nummer 1

Die Tourismuswirtschaft ist eine der expansivsten und umsatzstärksten Branchen in Deutschland. Die Deutschen gelten als Reiseweltmeister. Der demographische Wandel in unserer Gesellschaft mit einer steigenden Zahl älterer gut ausgebildeter finanzkräftiger aktiver Menschen wird zu Veränderungen im Freizeit- und Tourismusmarkt führen. Es wird damit gerechnet, dass Seniorinnen und Senioren bis zum Jahr 2035 bis zu sechs Prozent mehr für Reisen ausgeben werden. In verschiedenen Zukunftsmodellen wird sogar eine Wachstumsrate der Reiseausgaben von bis zu 16 Prozent prognostiziert. Die Generation 50 plus ist damit für die Reisebranche eine besonders interessante Zielgruppe. Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD wollen die in einer alternden Gesellschaft liegenden Chancen und Potenziale auch für den Tourismusbereich nutzen. In dem Antrag fordern CDU/CSU und SPD deshalb die Bundesregierung auf, ein Leitbild für den Deutschlandtourismus unter besonderer Berücksichtigung der demographischen Entwicklung und einer sich verändernden Nachfragestruktur zu erstellen. Außerdem soll eine Strategie zur „Seniorenwirtschaft“ erarbeitet werden, die die Nachfrage- und Angebotsseite unter besonderer Berücksichtigung des Tourismus analysieren sowie beim zukünftigen Programm „Wirtschaftsfaktor Alter“ des Bundesministeriums für Familie, Senio-

ren, Frauen und Jugend auch die Tourismusbranche berücksichtigen soll. Weiterhin sei gegenüber der Deutschen Zentrale für Tourismus anzuregen, das Inlands- und Auslandsmarketing stärker als bisher auf Seniorinnen und Senioren auszurichten.

Zu Nummer 2

Die durch den demographischen Wandel immer älter werdende Gesellschaft bietet nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Tourismussektor die Möglichkeit, neue Märkte zu erschließen. Bisher sei die Angebotsseite allerdings noch unzureichend auf die wachsende Nachfrage eingestellt. Vermarktung und Produkterstellung müssten mittelfristig besser auf die Bedürfnisse älterer Kundinnen und Kunden abgestimmt werden. Barrierefreiheit müsste sich auf den gesamten Dienstleistungserstellungsprozess erstrecken. In dem Antrag wird die Bundesregierung daher aufgefordert, eine allgemeine barrierefreie Umweltgestaltung zu fördern. Gefördert werden sollten auch Kooperationen zwischen Verkehrsträgern und der Tourismusbranche, um zielgruppenorientierte Reise- und Informationsketten zu entwickeln. Das Fernreisenetz der Bahn müsse weiter ausgebaut und die touristischen Regionen im Inland müssten barrierefrei, qualitativ und komfortabel angebunden werden, der Öffentliche Personennahverkehr sei barrierefrei zu gestalten. Auch wird gefordert, ein Leitbild für den Deutschlandtourismus zu entwickeln, in dem sich alle Generationen wiederfinden.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/8777 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/9315 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 16/8777 anzunehmen,
- b) den Antrag auf Drucksache 16/9315 abzulehnen.

Berlin, den 18. Juni 2008

Der Ausschuss für Tourismus

Marlene Mortler
Vorsitzende

Jürgen Klimke
Berichterstatter

Renate Gradistanac
Berichterstatterin

Ernst Burgbacher
Berichterstatter

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Bettina Herlitzius
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Jürgen Klimke, Renate Gradistanac, Ernst Burgbacher, Dr. Ilja Seifert und Bettina Herlitzius

I. Überweisung

1. Zum Antrag auf Drucksache 16/8777

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 157. Sitzung am 24. April 2008 den Antrag auf **Drucksache 16/8777** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

2. Zum Antrag auf Drucksache 16/9315

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 163. Sitzung am 29. Mai 2008 den Antrag auf **Drucksache 16/9315** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Zum Antrag auf Drucksache 16/8777

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 67. Sitzung am 18. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 92. Sitzung am 18. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie eine Stimme aus der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 60. Sitzung am 18. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 87. Sitzung am 18. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 61. Sitzung am 18. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

2. Zum Antrag auf Drucksache 16/9315

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 105. Sitzung am 18. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 67. Sitzung am 18. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 92. Sitzung am 18. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und eines Mitgliedes der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 60. Sitzung am 18. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 87. Sitzung am 18. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 61. Sitzung am 18. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss für Tourismus

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 16/8777 in seiner 60. Sitzung am 18. Juni 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags zu empfehlen.

Der Ausschuss für Tourismus hat den Antrag auf Drucksache 16/9315 in seiner 60. Sitzung am 18. Juni 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, der TAB-Bericht „Zukunftstrends im Tourismus“ belege nachdrücklich, dass der demographische Wandel Chancen für den Tourismus in sich berge. Diese Chancen müssten aber angenommen und gestaltet

werden. Für die Bundespolitik bedeute dies, ein Leitbild für den Deutschlandtourismus unter besonderer Berücksichtigung der demographischen Veränderungen zu entwickeln. Dieses Leitbild müsse natürlich mit den Ländern abgesprochen werden, ohne dass der Bund in die Kompetenzen der Länder eingreifen wolle. Die heute schon erfahrene und weltläufige Tourismusgemeinde werde sich auch künftig durch hohe Sach- und Kulturkompetenz auszeichnen und wolle dies natürlich in der Qualität der Dienstleistung widerfinden. Daher sei die Qualifizierung der in der Tourismusbranche Tätigen außerordentlich wichtig, wobei ein weitgehend standardisiertes Aus- und Weiterbildungsprogramm zum demographischen Wandel entwickelt werden müsste. Überhaupt müssten die Ausbildungsplätze von Berufs-, Fach- und Hochschulen um die Thematik demographischer Wandel und Senientourismus erweitert werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** richtete den Fokus auf Mobilität und Barrierefreiheit. Mobilität sei Voraussetzung und Auslöser für den Tourismus, gleichzeitig aber der zerstörerische Faktor für die Umwelt. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Mobilität bedeute aber auch den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrsnetzes sowie das Thema Geschwindigkeitsbegrenzungen für Kraftfahrer im Blickfeld zu haben. Ein Tempolimit auf Autobahnen und in Städten sowie ein attraktives öffentliches Nah- und Fernverkehrsangebot würde gerade älteren Verkehrsteilnehmern mehr soziale Teilhabe ermöglichen. Schließlich würde auch der Inlandtourismus durch diese Maßnahmen gefördert.

Bei der Barrierefreiheit gehe es nicht nur um Mobilität, sondern diese müsse sich auf alle Dienstleistungen des Tourismusbereiches erstrecken, wie unkomplizierter Gepäcktransport, Kombination verschiedener Verkehrsmittel und zahlreiche Serviceleistungen, die für Menschen mit Behinderungen notwendig seien. Letztlich müsse die gesamte Reisekette von Tür zu Tür für jedermann barrierefrei sein.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, das Thema Barrierefreiheit sei bewusst aus dem Koalitionsantrag ausgegliedert worden, weil hierzu ein eigener Antrag in Arbeit sei. Zunächst sollten aber die Erkenntnisse der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie „Analyse von Erfolgsfaktoren und Entwicklung von Maßnahmen zur Qualitätssteigerung im barrierefreien Tourismus für alle in Deutschland“ abgewartet werden. Die Herstellung von Barrierefreiheit sei ein schwieriger Prozess, bei dem die unterschiedlichen Belange aller Beteiligten berücksichtigt werden müssten. Behinderte Menschen auf der einen und die mittelständische Wirtschaft auf der anderen Seite, die nicht von heute auf morgen kaum zu schulternde Investitionen vornehmen könne. Vielmehr sei eine Balance zwischen den unterschiedlichen Interessen sehr wichtig. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führe im Titel zwar den demographischen Wandel, reduziere sich aber weitestge-

hend auf die Barrierefreiheit. Diese verengte Sichtweise werde der umfassenden Problematik im Gegensatz zum Koalitionsantrag nicht gerecht.

Abzulehnen seien auch die Aussagen zur angeblich mangelhaften Erschließung des Reisemarktes für Ältere und zur Vernachlässigung dieser wichtigen Konsumentengruppe wegen der Jugendzentriertheit der Vergangenheit. Weder die Politik noch die Wirtschaft hätten in der Vergangenheit die Gruppe der älteren Menschen vergessen oder vernachlässigt. Zu verweisen sei in diesem Zusammenhang nur auf die vielen Beispiele im aktuellen tourismuspolitischen Bericht der Bundesregierung. Aus Gesprächen mit der Tourismusbranche sei bekannt, dass sich diese sehr intensiv um die Frage der Alterssegmente im Tourismus kümmere und dass von einem Jugendwahn bei dieser Branche wirklich nicht gesprochen werden könne.

Die **Fraktion der FDP** störten die weichen Formulierungen im Koalitionsantrag, durch die die Regierung aufgefordert werde, „anzuregen“, „zu ermutigen“ und „sich einzusetzen“. Wenn sich die Rolle des Parlamentes darauf beschränke, die Regierung aufzufordern, dass sie etwas anrege, dann seien solche Forderungen überflüssig. Wenn die Bundesregierung bereits dabei sei, das im Antrag geforderte Leitbild für den Deutschlandtourismus zu erstellen, müsse sie dazu nicht mehr eigens aufgefordert werden. Weiter sei es nicht Aufgabe des Staates, eine Strategie zur Seniorenwirtschaft zu erarbeiten, sondern das müsse die Tourismuswirtschaft machen. Es sei besorgniserregend, dass die Union hier in eine Richtung gehe, die sie früher weitgehend abgelehnt habe.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beinhalte zwar viel Richtiges, aber auch die Tendenz zu mehr Gesetzgebung. Die Verwirklichung der Barrierefreiheit sei typischerweise keine Frage der Gesetzgebung, sondern der Anwendung und Umsetzung bestehender Gesetze. Auch eine Ausweitung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes sei der falsche Weg, denn es habe sich bei der Anwendung dieses Gesetzes inzwischen sehr deutlich gezeigt, dass dieses mehr Schaden als Gutes anrichte. Die Liberalen würden beide Anträge ablehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE** bemängelte, dass im Koalitionsantrag soziale Aspekte kaum vorkämen. Es ginge hauptsächlich darum, wie man gut verdienende ältere Menschen zu mehr Reisen veranlassen könne. Es sei bedauerlich, dass Fragen des barrierefreien Tourismus im Koalitionsantrag ausgeklammert würden. Die Chancen des demographischen Wandels für den Tourismus nutzen zu wollen, bedeute auch die vielen Barrieren im Tourismus abzubauen. Den Verweis darauf, demnächst einen entsprechenden Antrag einbringen zu wollen, könne nicht akzeptiert werden.

Die Initiative der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalte dagegen richtige Forderungen, weshalb DIE LINKE ihr zustimme.

Berlin, den 12. Juni 2008

Jürgen Klimke
Berichterstatter

Renate Gradistanac
Berichterstatterin

Ernst Burgbacher
Berichterstatter

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Bettina Herlitzius
Berichterstatterin

